

Florian Butollo

Streikwelle in China: Der Anfang vom Ende des Niedriglohnmodells?

Die chinesische Streikwelle im Frühsommer dieses Jahres ist hinsichtlich ihrer Dimension und Dynamik bemerkenswert. Bisherige Proteste und Arbeitskämpfe, die schon in den letzten Jahren vor allem in den Zentren der Exportproduktion deutlich zugenommen hatten, breiteten sich bislang nicht im selben Maße über Firmen- und Branchengrenzen hinweg aus. Doch nicht nur in quantitativer Hinsicht, auch bezüglich ihrer Forderungen und ihrer Konfliktführung brachen die aktuellen Streiks mit den Mustern der Proteste der vergangenen Jahre, was auf eine anhaltende Verallgemeinerung kollektiver Interessenvertretung hindeutet.

Im Kontext der derzeitigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Transformation des chinesischen Wachstumsmodells sind die Streiks ein Paukenschlag. Sie erhöhen den Druck für eine deutliche Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und eine Überwindung des exportgetriebenen Niedriglohnmodells – eine Entwicklung, die von der chinesischen Regierung durchaus gewollt und gefördert wurde, die ihr aber schnell über den Kopf wachsen könnte. Die selbstbewusste Aktivität der Beschäftigten ist eine Herausforderung für die Praxis paternalistischer, autoritärer Regulierung der Arbeitsbeziehungen und zwingt die Akteure, allen voran den All-Chinesischen Gewerkschaftsbund (ACGB), sich zu positionieren. Dies hat eine Dynamik in Gang gesetzt, welche die industriellen Beziehungen in China grundlegend verändern wird.

Im Folgenden sollen die Besonderheiten der Streikwelle vor dem Hintergrund ausgewählter Theorien über die chinesischen Arbeitsbeziehungen herausgearbeitet werden. Ausgangspunkt ist dabei Beverly Silvers Prognose, dass China sich zum „Epizentrum“ der globalen Arbeiterbewegung entwickeln würde (vgl. den Artikel von Silver und Zhang in diesem Heft). Davon ausgehend wird die Aufmerksamkeit auf die Rolle staatlicher Akteure und die aktuelle politische Dynamik gerichtet um zu diskutieren, welche Perspektiven für die Entwicklung einer effektiven Interessenvertretung der Beschäftigten sowie eines Systems betrieblicher Kollektivverhandlungen bestehen.

Arbeiterbewegungen an der Werkbank der Welt

Im Zuge der Reformpolitik und der Entwicklung einer neuartigen chinesischen Spielart des Kapitalismus (ten Brink 2010) kam es insbesondere seit den 1990er Jahren zu einer Häufung von Protesten verschiedenster Beschäftigtengruppen. Die Gründe für diese Zunahme der Proteste liegen in den parallel verlaufenden Prozessen der Abwicklung großer Teile der staatlichen Industrie sowie in der raschen Zunahme von ausländischen Direktinvestitionen und dem damit verbundenen rasanten Wachstum der exportorientierten Privatwirtschaft. Der Boom der Weltmarktfabriken führte zu immensen sozialen Widersprüchen, insbesondere in Form der Ausbeutung von über einhundert Millionen Arbeitsmigranten aus den Inlandsprovinzen, die meist unter sehr schlechten Bedingungen beschäftigt sind (A.Chan 2001, Pun 2005, J.Chan/Pun 2010). Etwa seit Anfang des Jahrtausends nimmt die Zahl der Konflikte dramatisch zu. Wurden im Jahr 2000 40.000 „kollektive Vorfälle“¹ in der offiziellen Statistik angeführt, waren es 2005 schon 87.000 und 2007 127.000 (CLB 2009b: 7). Die steigende Anzahl der Konflikte in Folge der zunehmenden sozialen Spaltung ist der wesentliche Beweggrund für die Politik der „Harmonischen Gesellschaft“ der Hu/Wen Regierung, welche die sozialen Gegensätze durch staatliche Sozialpolitik abzufedern und die Arbeitskonflikte durch die Etablierung institutioneller Aushandlungsprozesse sowie durch Verrechtlichung, insbesondere in Form des Arbeitsvertragsgesetzes von 2007, zu regulieren sucht (Shen 2007: 2-5, Grassi 2008).

Die Zunahme sozialer Konflikte im Allgemeinen und von Arbeiterprotesten im Besonderen hat im wissenschaftlichen Feld zu einer Diskussion über den Charakter der Klassenbildung in China geführt. Während die bloße Intensivierung der Auseinandersetzungen unstrittig ist, gibt es einen Dissens darüber, in wie weit sich kohärente kollektive Klasseninteressen und eine Klassenidentität herausbilden und ob daraus auch das Potenzial zu einer betriebs- und branchenübergreifender Verallgemeinerung der Interessen sowie zu einer übergreifenden Arbeiterbewegung entsteht.

Nachdrücklich vertritt Beverly Silver die Auffassung, dass sich solche Klasseninteressen herausbilden und ein weites Verallgemeinerungspotential beinhalten. Ausgehend von der Langzeitbetrachtung historischer Arbeiterbewegungen u.a. in der Textil- und Automobilindustrie stellt sie eine Verschiebung der Zentren des Arbeiterprotestes entsprechend der geographischen Produktionsverlagerungen fest, was sie mit der pointierten Aussage zusammenfasst, dass „wohin das Kapital auch geht, der Konflikt folgt ihm“. Entsprechend des zunehmenden Anteils an der Weltproduktion werde China zum globalen „Epizentrum“

1 Da Streiks in China nicht legal sind, führt die chinesische Regierung nur „kollektive Vorfälle“ als Sammelkategorie auf. Sie gelten als relativ zuverlässiges Maß für die Anzahl von betrieblichen Konflikten.

der Arbeiterunruhen (vgl. Silver/Zhang in diesem Heft).

In explizitem Kontrast dazu versucht die Soziologin Chin-Kwan Lee (2007) zu erklären, warum es trotz der extremen sozialen Gegensätze in China eben nicht zu einer verallgemeinerten Klassenbewegung gekommen sei. Sie kritisiert Silvers Argumentation als ökonomistisch und insistiert darauf, dass die unterschiedlichen Formen des Arbeiterprotests und der Arbeiteridentitäten sich nicht ausschließlich aus den Widersprüchen der Produktion erklären ließen. Vielmehr spielten auch verschiedene Formen staatlicher Regulierung sowie die sozialen Beziehungen außerhalb der betrieblichen Sphäre eine prägende Rolle für die Entstehung des Protests und dessen Artikulationsformen. Im Falle des Protestverhaltens der Wanderarbeiter verweist Lee beispielsweise auf deren familiäre Bindung an die ländliche Subsistenzwirtschaft: „Der Zugang [der Wanderarbeiter, F.B.] zu Land und den damit zusammenhängenden sozialen Funktionen für die soziale Reproduktion der Arbeitskraft bewirkt, dass die Unternehmen nicht die volle Verantwortung dafür tragen, angemessen für den Unterhalt der Arbeitskräfte zu bezahlen. Außerdem sind die Beschäftigten dadurch weniger geneigt, längere Auseinandersetzungen in den Städten auf sich zu nehmen“ (ebd.: 204).

Aus dieser Perspektive formuliert Lee eine weit vorsichtigere Einschätzung der gegenwärtigen Arbeiterproteste in China, die sie in doppelter Hinsicht als beschränkt ansieht. Zum einen entspreche das Muster der Proteste der Fragmentierung des chinesischen politischen Systems, in dem große regionale Disparitäten sowie Konkurrenzverhältnisse zwischen den lokalen Staatsapparaten vorherrschen und es deshalb keine „einheitliche Volkswirtschaft gebe“ (ebd.: 15). Statt der Herausbildung eines übergreifenden Klasseninteresses sowie gemeinsamer Bewegungen herrsche deswegen der „zelluläre Aktivismus“ punktueller, voneinander isolierter Proteste vor. Zum anderen zeichneten sich die Proteste der Wanderarbeiter in der Exportwirtschaft dadurch aus, dass diese meist nur im Fall von Rechtsbrüchen seitens der Unternehmer stattfänden, z.B. wenn Löhne nicht ausgezahlt oder Überstundenzuschläge nicht angerechnet würden. Die Beschäftigten richteten ihre Forderungen dann in der Regel direkt an den Staat, der für die Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustands eintreten solle. Die Forderungen, welche weniger unter Bezugnahme auf Klasseninteressen vorgebracht würden, denn in Bezug auf rechtliche Ansprüche, blieben insofern defensiv. Sie würden nur dann auftreten, wenn der Deal aus Sicht der Wanderarbeiter nicht mehr stimme, d.h. das Mindesteinkommen zur Abstützung der ländlichen Familienexistenz nicht mehr gewährleistet sei. Anders ausgedrückt: die spezielle Klassenlage der Wanderarbeiter, deren temporäre Tätigkeit in den Städten lediglich ein Zusatzeinkommen zum ländlichen Auskommen der Familie darstellt, beschränke den Protest auf die spontane Empörung in dem Fall, in dem das normale „Versprechen“ der Überausbeutung in den Weltmarktfabriken nicht aufgeht (ebd.: 157-202).

Der Kontext der Streiks: Boom der Autoindustrie und Selbstmordserie bei Foxconn

Den Rahmen für die Zuspitzung der Auseinandersetzungen in der Streikwelle im Frühsommer dieses Jahres bildeten das schnelle Wachstum der Autoindustrie im Krisenjahr 2009, die rasche Wiederbelebung der Exportwirtschaft sowie die anhaltende politische Diskussion über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Wanderarbeiter, die in der Selbstmordserie bei Foxconn einen besonders dramatischen Ausdruck fand.

Die chinesische Automobilbranche erfuhr trotz des Einbruchs der weltweiten Nachfrage im Krisenjahr 2009 einen starken Wachstumsschub, da die Regierung den Unternehmen im Rahmen des Konjunkturprogramms Steueranreize gewährte und den Absatz subventionierte. Dadurch wuchs der Umsatz der Branche im Jahr 2009 um beachtliche 42,1%. Am 21. Mai, fast zeitgleich mit dem Ausbruch des ersten Streiks bei einem ihrer Zulieferer am 17. Mai, verkündete die Geschäftsführung von Honda, dass die Produktionskapazitäten auf dem chinesischen Festland um nahezu die Hälfte vergrößert würden, da die Nachfrage sonst nicht mehr befriedigt werden könne (China Daily, 21.05.10). Die mit dem schnellen Wachstum einhergehende hohe Arbeitsintensität wurde bis dahin nicht durch einen entsprechenden Zuwachs bei den Löhnen kompensiert; ein Umstand, der wohl ausschlaggebend für die Welle von Arbeitermilitanz speziell in der Automobilbranche war (C.Chan/Hui 2010: 10).

Hinzu kommt, dass aufgrund der Erholung der externen Nachfrage seit Jahresbeginn 2010, ein regelrechter Boom in der Exportwirtschaft einsetzte, welche noch im Krisenjahr negative Wachstumsraten aufgewiesen hatte. Im Mai 2010 wurde eine Wachstumsrate von 50% im Vergleich zum Vorjahr erzielt und schon im Juni lag das Volumen der Exportproduktion um 10% über dem Niveau vor der Weltwirtschaftskrise (Reuters, 9.6.2010). Der Exportboom betraf die Automobilbranche zwar nicht direkt, da diese hauptsächlich für den Binnenmarkt produziert. Sie führte allerdings zu einer erneuten Knappheit an Arbeitskräften in den südlichen Küstenprovinzen. Dieses Phänomen hatte die Exportwirtschaft schon seit Mitte des letzten Jahrzehnts geplagt und war durch die millionenfachen Entlassungen von Wanderarbeitern während der Krise nur temporär außer Kraft gesetzt worden.² Somit setzte jene Dynamik wieder ein, welche bereits vor der Krise zu Diskussionen über die Zukunftsfähigkeit des chinesischen Wachstumsmodells geführt hatte: Die Lokalregierungen erhöhten die Mindestlöhne zu Jahresbeginn in beträchtlichem Ausmaß

2 Die Arbeitskräfteknappheit bezieht sich nur auf den Nachschub von Arbeitsmigranten aus den Inlandsprovinzen. Paradoxerweise koexistiert diese mit einer allgemeinen strukturellen Arbeitslosigkeit, welche eine politische Herausforderung für die Regierung darstellt. Laut einer inoffiziellen Richtlinie ist ein Wirtschaftswachstum von mindestens 8% notwendig, um ausreichend Beschäftigung für die steigende Anzahl von Arbeitssuchenden zu generieren (Schucher 2009).

(z.B. um 21,1% in der Provinz Guangdong (China Daily, 20.03.2010), um ländlichen Arbeitskräften erhöhten Anreiz zur Binnenmigration zu bieten. Gleichzeitig kündigten Firmen der klassischen Billigproduktion, aber auch moderne Kontraktfertiger der Elektronikindustrie wie Foxconn oder Flextronic, an, die Produktion ins Ausland oder in die Inlandsprovinzen zu verlagern (People's Daily, 09.06.2010; SCMP, 09.06.2010). Im Ergebnis bedeutete die erneute Arbeitskräfteknappheit für die Beschäftigten in der Automobilbranche eine Zunahme ihrer Verhandlungsmacht, die gute Voraussetzungen für ein Wachstum der Reallohneinkommen bot.

Schließlich bekam die Diskussion um die elenden Arbeitsbedingungen der Wanderarbeiter unmittelbar vor Ausbruch der Streiks eine dramatische Zuspitzung, nachdem sich 10 Beschäftigte des riesigen Elektronikherstellers Foxconn in Shenzhen, bei dem insgesamt etwa 300.000 Menschen beschäftigt sind, in einer beispiellosen Serie von Selbstmorden das Leben nahmen. Die tragischen Ereignisse führten zu einer breiten Berichterstattung in der chinesischen und internationalen Presse, in der kritisch über die Zustände in den Fabriken der Exportwirtschaft sowie über die soziale Lage der Wanderarbeiter berichtet wurde (J.Chan/Pun 2010). Anders als bei einem Skandal um die Arbeitsbedingungen im selben Unternehmen, in dem damals u.a. der Apple iPod produziert wurde, machte die Lokalregierung von Guangdong diesmal die Firmenleitung mitverantwortlich, indem sie Managementprobleme bei Foxconn kritisierte (People's Daily, 27.05.2010). Premier Wen Jiabao unterstrich die Forderung nach einer menschenwürdigen Behandlung der Wanderarbeiter, indem er anerkannte, dass die neue Generation der Arbeitsmigranten sich wohl kaum mit ähnlich rauen Bedingungen abfinden würden, wie ihre Eltern. Er fügte hinzu: „Ländliche Arbeitsmigranten sind die bedeutendste Armee der gegenwärtigen Chinesischen Arbeiterschaft. All unser Wohlstand und unsere großen Gebäude sind ein Ergebnis ihrer harten Arbeit und ihres Schweißes“ (zitiert nach SCMP, 15.06.2010). Foxconn wurde zum Symbol für das, was in den letzten Jahren immer wieder diskutiert wurde: die Grenzen der extremen Ausbeutung der Beschäftigten in den Weltmarktfabriken, das Ziel eines sozialen Ausgleichs und der Aufwertung der Industriestrukturen. Die Diskussion um das Lohnniveau und die Arbeitsbedingungen bei Foxconn bei der gleichzeitigen Anhebung der Mindestlöhne waren diskursiver Rückenwind für die Forderungen der Wanderarbeiter nach massiven Lohnerhöhungen.

Neue Formen des Protests in der Streikwelle 2010

Die Serie von Streiks, die von Mitte Mai bis Ende Juli diesen Jahres andauerte, ging von einem spontanen Streik von etwa 1.800 Arbeitern eines unternehmenseigenen Zulieferers von Honda im Industriebezirk Nanhai in der Stadt Foshan aus. Der konkrete Anlass des Streiks war, dass die Unternehmensleitung die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns nicht in vollem

Umfang an die Beschäftigten weitergab. Die Löhne bei Honda Nanhai bestehen aus einem Basislohn in Höhe des gesetzlichen Mindestlohns und einem flexiblen Lohnanteil – Bonuszahlungen, Überstundenzuschläge etc. – der etwa 40% des Gesamtlohns ausmacht.³ Zwar wurden die Basislöhne an die Mindestlohnerhöhung angepasst, die flexiblen Lohnanteile wurden jedoch gekürzt. Dieser Taschenspielertrick führte dazu, dass die Löhne real nur unwesentlich stiegen. Zudem erzürnte die Beschäftigten, dass sie sich hinters Licht geführt fühlten. Aus dem Protest gegen das Verhalten des Managements entwickelten sich die Kernforderungen nach einer deutlichen Lohnerhöhung um 800 RMB (ca. 90 EUR), was weit über das Maß der Mindestlohnerhöhung hinausging, und dem Recht auf unabhängige gewerkschaftliche Organisation (CLB 2010a). Der Basislohn für reguläre Beschäftigte lag im Honda Werk in Nanhai vor dem Streik bei 1544 RMB (ca. 170 Euro). Trotz der flexiblen Lohnbestandteile bewegten sich die Löhne damit auf einem ähnlichen Niveau wie bei Elektronikkontraktfertigern wie Foxconn, allerdings deutlich über den Bezügen in der klassischen Sweatshop-Produktion in der Textil- oder Spielzeugbranche. Eine Besonderheit der Beschäftigungsstruktur bei Honda Nanhai ist, dass 70-80% der Belegschaft Auszubildende sind. Der Grund hierfür ist das Ausbildungssystem an den staatlichen technischen Schulen, bei dem ein einjähriges betriebliches Praktikum obligatorisch ist. Dies beschert Honda eine zuverlässige Zufuhr junger und gut qualifizierter Arbeitskräfte, deren Entlohnung weit unterhalb des Niveaus der regulär Beschäftigten liegt. Dieser Vorteil wurde während des Streiks jedoch zum Problem für das Unternehmen, da diese neue Generation von jungen und relativ gut ausgebildeten Arbeitsmigrantinnen aufgrund des gemeinsamen schulischen Hintergrunds besonders gut vernetzt war und den Streik dadurch effizient organisierte (C.Chan/Hui 2010: 16f.). Obwohl die Tätigkeiten bei Honda Nanhai als einfach und sogar langweilig dargestellt werden, besitzen die Beschäftigten in diesem Werk, in dem sämtliche Getriebe für die chinesische Produktion von Honda hergestellt werden, eine besonders hohe Produktionsmacht: Aufgrund des just-in-time Produktionssystems lag binnen weniger Tage die Fertigung in allen Honda Werken des Landes still, was dem Unternehmen empfindliche wirtschaftliche Verluste von 240 Mio. RMB täglich bescherte (C.Chan/Hui 2010: 11). Der Streik breitete sich laut Berichterstattung chinesischer und internationaler Zeitungen⁴ in rasantem Tempo auf etwa zwei Dutzend Betriebe aus. Dies ist

3 Ein derart hoher flexibler Lohnanteil ist insbesondere in den leistungsbezogenen Produktionsregimes der Automobilbranche und ihrer Zulieferer, aber auch in der Elektronikindustrie üblich (vgl. Lüthje 2010: 475-477).

4 Für diese Darstellung wurden vor allem Berichte aus der Financial Times (FT), der in Hong Kong erscheinenden South China Morning Post (SCMP), den englischsprachigen chinesischen Zeitungen People's Daily und China Daily sowie Agenturmeldungen und Berichte von Arbeitsrechtsorganisationen ausgewertet. Herzlicher Dank gebührt Boy Lüthje für zahl-

jedoch offenbar nur die Spitze des Eisbergs. Die reale Anzahl der Streiks kann anhand der offiziellen Berichterstattung nicht ermittelt werden.⁵ Obwohl der Schwerpunkt der Streiks in der Automobilindustrie in der Provinz Guangdong lag, waren auch andere Branchen und Regionen betroffen, wie z.B. der japanische Elektronikhersteller Mitsumi, eine Brauerei der Carlsberg Gruppe sowie Unternehmen in den Provinzen Beijing, Tianjin, Jiangsu, Henan, Yunan und Chongqing (Reuters, 23.07.2010, C.Chan/Hui 2010: 9).

Vor dem Hintergrund der Diskussion über den Charakter der Klassenbildung in China sind folgende Besonderheiten der jüngsten Streikwelle wichtig:

Offensive Lohnforderungen: Im Vergleich zu vergangenen Auseinandersetzungen setzten die Streikenden außergewöhnlich hohe Lohnforderungen durch, die einer qualitativen Aufwertung ganzer Lohngruppen gleichkommen. Bei Honda in Nanhai endete der Streik mit einer Lohnerhöhung von 70% für Auszubildende und 35% für reguläre Beschäftigte (China Labour Net 2010: 3). Bei Atsumitec, einem anderen Zulieferer von Honda, erhielten die Beschäftigten eine Erhöhung um 45% (Reuters, 23.07.2010). Die erfolgreiche Durchsetzung offensiver Lohnforderungen stellt einen klaren Bruch mit den Mustern vergangener Proteste der Wanderarbeiter dar, in denen sich der Protest meist an unrechtmäßigem Verhalten der Geschäftsführung entzündet hatte bzw. lediglich die Auszahlung des gesetzlichen Mindestlohns gefordert wurde (Lee 2007, A.Chan 2010).

Geografische Ausbreitung der Bewegung: Während die Empörung über das Fehlverhalten des Managements und gegen spezifische Arbeitsrechtsverletzungen bei früheren Protesten meist an der Betriebsgrenze Halt machte, kopierten die Beschäftigten sogar über Branchen- und Gebietsgrenzen hinweg die Lohnforderungen streikender Kollegen in anderen Betrieben. Im Honda Werk in der Stadt Zhongshan verlangten die Beschäftigten sogar exakt denselben Nominallohn, den ihre Kollegen in Nanhai zuvor erfolgreich durchgesetzt hatten. Die geografische Ausweitung der Streiks mag damit zusammenhängen, dass die Möglichkeit zur Verallgemeinerung des Protests bei offensiven Lohnforderungen eher gegeben ist, als bei eruptiven Empörungen gegen das unrechtmäßige Verhalten des Firmenmanagements.

Während offensive Lohnforderungen in den meisten Fällen den Kern der Auseinandersetzungen ausmachten, wurden diese in allen Streikauseinandersetzungen durch spezifische Forderungen ergänzt. Bei Honda in Nanhai erstellten die Beschäftigten gar einen Katalog von 108 Forderungen an das Management. In einigen Fällen gehörte das Recht auf unabhängige gewerkschaftliche Organisation zu den Kernforderungen der Streikenden (SCMP, 11.06.2010 und 24.06.2010; C.Chan/Hui 2010: 11).

reiche Hinweise und Anmerkungen.

5 Inoffizielle Quellen aus dem Umfeld des ACGB in Guangzhou sprechen von etwa 100 Streiks alleine innerhalb des Stadtbezirks Guangzhou.

Konfliktaustragung innerhalb des Betriebs: Die Lohnstreiks, die in direkter Auseinandersetzung mit dem Management ausgetragen wurden, folgten einem anderen Muster als die meisten Proteste von Wanderarbeitern in der Vergangenheit. Letztere entzündeten sich zwar in der Regel an Missständen innerhalb des Betriebes, sie artikulierten ihre Unzufriedenheit aber in den allermeisten Fällen in Form von Appellen an staatliche Instanzen, z.B. an gerichtliche oder außergerichtliche Schlichtungsstellen oder an die Lokalregierungen selbst (Shen 2007: 60-62, Lee 2007: 176-194).

Eine typische Form des Protests war daher die Blockade von Straßenkreuzungen oder anderen öffentlichen Plätzen.⁶ Dieses Muster hängt mit der Ineffektivität gewerkschaftlicher Interessenvertretung auf der betrieblichen Ebene durch den staatlichen Gewerkschaftsbund zusammen. Statt einer innerbetrieblichen Interessenausdrückung dominiert eine Praxis, die als „Tripartismus mit vier Parteien“ beschrieben wurde: die Beschäftigten richten sich an der Gewerkschaft vorbei direkt an staatliche Instanzen. In vielen Fällen intervenierten die staatlichen Stellen dann tatsächlich, um die rechtmäßige Behandlung der Beschäftigten, z.B. durch Auszahlung ausstehender Löhne oder Überstundenzuschläge, zu gewährleisten (Chang u.a. 2008, Lüthje 2010). Zwar war es auch in der Vergangenheit zu Streiks und direkten Konflikten mit dem Management gekommen. Die Intensität der innerbetrieblichen Konfliktausdrückung ging jedoch deutlich über das Maß vergangener Auseinandersetzungen hinaus. Bei der 17 Tage andauernden Streikbewegung bei Honda in Nanhai gab es beispielsweise mehrere Verhandlungsrunden zwischen der Unternehmensleitung und Vertretern der Beschäftigten, bei denen Letztere mehrere Angebote des Managements ablehnten bevor eine Einigung erzielt wurden (China News Weekly, 02.06.2010). Dies ähnelt eher dem Modell kollektiver Tarifauseinandersetzungen als jenen spontanen Empörungen über Arbeitsrechtsverletzungen, die in der Vergangenheit vorherrschend waren. Es ist nahe liegend, dass diese veränderte Form der Auseinandersetzung mit dem Inhalt der Forderungen zusammen hängt. Da kein Rechtsbruch im Mittelpunkt des Streiks gestanden hatte, war nicht der Staat der Hauptadressat, sondern das Management der Unternehmen.

Hoher Aktivitätsgrad und basisdemokratische Vertretungen: Die Wahl von Vertretungen der Streikenden bei Honda in Nanhai und bei Denso in Guangzhou (einem weiteren Honda-Zulieferer) reflektiert die hohe Beteiligung und den intensiven Lernprozess in diesen Streiks. Im Fall von Honda Nanhai erfolgte die basisdemokratische Wahl aus einer Konfrontation mit der Betriebsgewerkschaft, welche sich als unbrauchbar erwies und sogar eine obstruktive Haltung gegenüber den Streikenden eingenommen hatte (A.Chan 2010, CLB

6 Eine Studie von 100 Arbeiterprotesten in den Jahren 2007 und 2008 zählt etwa 43 Blockaden und 18 Sitzblockaden (sit-down protests), vgl. CLB (2009b).

2010a, C.Chan/Hui 2010).⁷ Im Interview machte ein streikender Arbeiter bei Honda Nanhai seiner Wut über das Verhalten der Betriebsgewerkschaft Luft: „Die Gewerkschaft hat uns nicht vertreten. Sie hat das Unternehmen vertreten. Sie haben unsere Interessen nicht berücksichtigt [...] Sie waren von überhaupt keinem Nutzen [...] Inzwischen will jeder, dass der Gewerkschaftsvorsitzende ersetzt wird, und dass die Gewerkschaft von Grund auf und mit demokratischen Wahlen neu organisiert wird“ (CLB 2010a). Die Wahl eigener Interessenvertretungen an den offiziellen staatlichen Strukturen vorbei wirft ein Schlaglicht auf die Kluft zwischen den Interessen der Beschäftigten und die Rolle des ACGB, dessen Glaubwürdigkeit im Fall des Nanhai Streiks derart beschädigt war, dass die Gliederung des Bezirks Nanhai gezwungen war, sich in einem Brief für das Verhalten ihrer Funktionäre zu entschuldigen (Nanhai District Union 2010).

Aufbruch einer neuen Arbeiterbewegung?

Hinsichtlich der eingangs referierten Diskussion um die Entwicklungsdynamik der chinesischen Arbeiterproteste scheinen die Streiks Beverly Silvers Annahme zu unterstützen, dass China sich zu einem Epizentrum der weltweiten Arbeiterbewegung entwickelt. Besonders bemerkenswert ist der offensive Charakter der Forderungen sowie die dynamische Verbreitung der Bewegung über Betriebs-, Branchen und regionale Grenzen hinaus. Beides widerspricht Ching-Kwan Lees Auffassung, dass sich die Aktionen der Wanderarbeiter lediglich auf einen zellulären, primär in rechtlichen Kategorien gegenüber dem Staat artikulierten Protest beschränken.

Es ist somit fraglich, in wie weit Lees Auffassung vom bloß zellulären Protest, die auf der Verallgemeinerung empirischer Feldforschungsdaten in der Provinz Guangdong aus dem Jahr 2002 basiert, für die Proteste der letzten Jahre zutreffend ist. Schon eine Auswertung von 100 Streiks, die in den Jahren 2007 und 2008 in China stattgefunden hatten⁸, kommt zu dem Ergebnis, dass „Arbeiter nun höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und in manchen Fällen das Recht einforderten, eine Gewerkschaft zu gründen, [...] während sie in der Vergangenheit hauptsächlich gegen spezifische Verletzungen ihrer Rechte, protestiert hatten [...]“ (CLB 2009b: 4).

Vor dem Hintergrund dieser Befunde scheint die aktuelle Streikwelle Teil einer

7 Große mediale Aufmerksamkeit in der Presse erlangte der Einsatz einer Gruppe von 200 Sicherheitskräften gegen den harten Kern der Streikenden bei Honda in Nanhai. In der Medienberichterstattung wurden die Eindringlinge als Angehörige der Bezirksgewerkschaft identifiziert (sie trugen u.a. Kappen des ACGB). Andere Darstellungen bestreiten dies und beschreiben die Eindringlinge als von der Lokalregierung angeheuerte Streikbrecher.

8 Die Datenbasis dieser Studie umfasst Streiks in allen Provinzen des Landes und in allen Unternehmenstypen, auch bei staatlichen Betrieben. Exakt die Hälfte der untersuchten Fälle fand in der südlichen Provinz Guangdong statt.

Entwicklung hin zu allgemeineren, offensiveren Forderungen und verallgemeinerten Protests zu sein, die schon in den letzten Jahren eingesetzt hat. Insofern scheint Lees Betonung des zellulären Aktivismus eine Verabsolutierung eines Momentes dieser Entwicklung zu sein: der eruptiv und isoliert auftretende Aktionstyp, der in der Vergangenheit tatsächlich signifikant für den Arbeiterprotest in Südchina war, wird zu dessen wesentlichen Charakteristikum erklärt.

Damit ist jedoch nicht gesagt, dass die aktuelle Streikwelle tatsächlich die Initialzündung einer breiten, einheitlichen Arbeiterbewegung bildet bzw. dass die aktuelle Streikbewegung keinerlei zelluläre Beschränkung in Lees Sinne aufweist. Die Streiks entwickelten zwar eine enorme Dynamik, von der Betriebe unterschiedlicher Branchen und Regionen ergriffen wurden. Allerdings hatten sie ihr Zentrum in japanischen Automobilzulieferern, d.h. Unternehmen mit einer bestimmten Form der innerbetrieblichen Regulation. Abgesehen von wenigen Ausnahmen waren weder staatseigene Unternehmen noch Kontraktfertiger der Elektronikindustrie wie Foxconn oder die klassischen „Sweatshops“ der Spielzeug- oder Bekleidungsindustrie von der Streikwelle betroffen.⁹ Diese Tatsache reflektiert die Zerklüftung der chinesischen Industrielandschaft, in der die Marktöffnung nicht zu einer Angleichung, sondern zu einer Differenzierung der industriellen Strukturen und der dort vorherrschenden Produktionsregime geführt hat (Lüthje 2010). Insofern ist die Annahme einer großen regionalen und strukturellen Differenzierung der Produktionsbedingungen, die den Kern von Lees exemplarischer Untersuchung der unterschiedlichen Protestformen und -identitäten darstellt, korrekt. Oder, in Bezug auf Silvers Diktum formuliert: „Wohin das Kapital auch geht, der Konflikt folgt ihm“ – nur eben nicht unbedingt gleichzeitig, am gleichen Ort und mit parallelen Interessenkonstellationen.

Die heterogene Industrie- und Konfliktstruktur in China ist ein Produkt der graduellen marktwirtschaftlichen Transformation, welche zu einer Parallelität von staatlichen Industrien und privater Wirtschaft (bzw. hybrider Formen) geführt hat, sowie der spezifischen Form der ökonomischen Einbindung Chinas in den Weltmarkt unter den Rahmenbedingungen transnationaler Produktionsnetzwerke. Dies verweist darauf, dass in China keine einheitliche ökonomische Entwicklung existiert, die aufgrund der reinen Parallelität in der Klasse der Beschäftigten eine übergreifende Arbeiterbewegung hervorbringt. Dieser Zusammenhang wird in Silvers Analyse, welche den Bedingungen sektorübergreifender Verallgemeinerung von Streikbewegungen wenig Beachtung schenkt, nicht thematisiert. Er ist aber von entscheidender Bedeutung für die Diskussion um die Entstehung einer (politischen) Arbeiterbewegung in China.

9 Dass es trotz eines ähnlichen Lohnniveaus fast keine Streiks bei den großen Kontraktfertigern der Elektronikindustrie gegeben hat, verweist auf die Spezifika der Produktionsregime, die wohl ausschlaggebend für das abweichende Protestverhalten sind (vgl. Hürtgen u.a., 2009).

Statt aber in der Heterogenität der chinesischen Arbeiterklasse ein objektives Hemmnis für die Entwicklung verallgemeinerten Klassenbewusstseins und entsprechender Kämpfe zu sehen, ist daran zu erinnern, dass Klassenbildung seit jeher kein bloßer Reflex auf die ökonomische Dynamik des Kapitalismus gewesen ist. Sie war immer auch schon ein politischer Prozess, in dem gemeinsame Forderungen formuliert, Interessen abgeglichen und insbesondere vermittelnde Klassenorganisationen gegründet wurden, um die reale Heterogenität zwischen verschiedenen Klassensegmenten zu vermitteln (Thompson 1980). Sollten sich die Interessen der Beschäftigten in verschiedenen Industriesektoren Chinas aufgrund spezifischer ökonomischer Prozesse tatsächlich auseinander entwickeln, könnte eine solcher Lern- und Vermittlungsprozess kaum gelingen. Vieles spricht jedoch dafür, dass zumindest in sehr allgemeiner Form ähnliche Konflikt- und Interessenlagen auch zwischen den verschiedenen Sektoren und Produktionsregimes existieren.

Ob und wie weit in den kommenden Jahren branchenübergreifend eine Tendenz zu schärferen, verallgemeinerten Konflikten entsteht, hängt entscheidend von der Fähigkeit des chinesischen Staates ab, die explosiven sozialen Gegensätze zu befrieden und eine wirksame institutionelle Regulation der Arbeitsbeziehungen umzusetzen. Die aktuelle Streikwelle hat in dieser Hinsicht eine interessante Dynamik in Gang gesetzt.

Umkämpftes Terrain: Kollektivverhandlungen und Reform der Staatsgewerkschaft

Die Reaktion der Regierung auf die Streiks wurde in Presseberichten meist als schweigende Zustimmung zu den Zielen der Streikenden gedeutet, da die Regierung sowieso eine Aufwertung der Industriestrukturen anstrebe und die Tage des chinesischen Niedriglohnmodells somit gezählt seien (vgl. z.B. AP, 25.06.2010). Tatsächlich weisen bereits die Reformen des Arbeitsvertragsgesetzes, die Organisationsanstrengungen des ACGB in der Privatwirtschaft, die Umsetzung von Sozialreformen sowie die deutliche Anhebung der Mindestlöhne in diese Richtung. Der Vorsitzende der kommunistischen Partei in der Provinz Guangdong rief angesichts der verheerenden Wirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Exportwirtschaft sogar dazu auf, die „Käfige zu öffnen, damit sich neue Vögel dort niederlassen könnten“, ein klares Bekenntnis zur Überwindung der low-end Exportproduktion zugunsten höherwertiger Industrien (zitiert in Financial Times, 10.06.2009).

Allerdings kann die Behauptung, staatliche Stellen im Allgemeinen hätten die Streikwelle gewissermaßen als Instrument der Einkommens- und Industriepolitik faktisch unterstützt, so nicht aufrecht erhalten werden. Beim Streik in einem Toyota-Werk in der nördlichen Provinz Tianjin kam es beispielsweise zu einem Polizeieinsatz gegen die Streikenden. Außerdem schränkte die Zentral-

regierung im Juni die Berichterstattung über die Streiks ein und verbot eine arbeitsrechtliche NGO, welche die Streiks unterstützt hatte. Auch das Verhalten der Bezirksgewerkschaft beim Streik bei Honda in Nanhai zielte auf eine Sabotage des Streiks ab, nicht auf dessen Unterstützung (SCMP 25.06.2010, C.Chan/Hui 2010). Die unterschiedlichen Reaktionsweisen der staatlichen Institutionen spiegeln die verschiedenen Strategien und Konflikte wieder, die sich unter der Sammellosung „Harmonische Gesellschaft“ verbergen. Sowohl außerhalb der Provinz Guangdong, als auch innerhalb, auf Ebene der einzelnen Verwaltungsbezirke, bestehen hier nicht zu unterschätzende Beharrungskräfte. Insgesamt ist jedoch festzustellen, dass eine allgemeine Repression gegen die illegal Streikenden ausgeblieben ist. Mehr noch: die Streikwelle hat eine Dynamik zur Reform der Arbeitsbeziehungen losgetreten, die tatsächlich zur Herausbildung effektiverer Interessenvertretungen der Beschäftigten führen könnte.

Am bedeutendsten ist in dieser Hinsicht ein Gesetzentwurf zur Reform des betrieblichen Interessenausgleichs, der in unmittelbarer Reaktion auf die Streiks von der Regierung der Provinz Guangdong auf den Weg gebracht wurde. Es sieht vor, dass institutionelle kollektive Verhandlungen über die Entlohnung eingeführt werden sollen, was erstmals zu einer regulären vertraglichen Fixierung der Lohnverhältnisse führen würde. Außerdem soll die Beteiligung der Beschäftigten an diesem Prozess durch die demokratische Wahl von Vertretern gewährleistet werden (CLB 2010b). Nach dem Debakel der staatlichen Gewerkschaft bei Honda Nanhai kündigte der Gewerkschaftsbund von Guangzhou zudem an, dass in diesem Werk demokratische Wahlen der Betriebsgewerkschaft als ein Pilotprojekt zur Reform der staatlichen Gewerkschaft durchgeführt werden sollen (Takungpao 2010).

Einiges deutet daher darauf hin, dass die Streikwelle größere Umbrüche in den chinesischen Arbeitsbeziehungen nach sich ziehen wird, allerdings ist derzeit noch nicht absehbar, welche Form die geplanten Reformen annehmen werden und in wie weit deren praktische Umsetzung tatsächlich auf die Herausbildung einer wirksamen Interessenvertretung hinausläuft. Für Letzteres spricht, dass die Regierung in Guangdong in der Tat mit dem Scheitern des bisherigen Modells der Regulierung von Arbeitsbeziehungen konfrontiert ist. Zwar wurde von Seiten der Zentralregierung bewusst versucht, den staatlichen Gewerkschaftsbund in der Privatwirtschaft zu verankern und die schlimmsten sozialen Auswüchse in den Weltmarktfabriken mittels Arbeitsvertragsgesetz einzudämmen. Allerdings offenbaren kritische Analysen, dass der Gewerkschaftsbund sich in den Auseinandersetzungen der letzten Jahre immer weiter von den Interessen der Beschäftigten entfernt hat und das Arbeitsvertragsgesetz systematisch unterlaufen wird (Worker Empowerment 2010). Die Streikwelle führt insofern drastisch vor Augen, dass die Befriedung der Konflikte ohne weitere Schritte zur Institutionalisierung der Arbeitsbeziehungen kaum gelingen wird.

Insofern wäre es verfehlt, die aktuellen Reformschritte als bloße Rhetorik abzutun.

Eine realistische Einschätzung der neuen Reforminitiativen muss jedoch deren Widersprüche und ihren umkämpften Charakter zur Kenntnis nehmen. So ist insbesondere danach zu fragen, in wie weit steigende Arbeitskosten in der Exportwirtschaft unter den Rahmenbedingungen umkämpfter globaler Märkte nicht die Konkurrenzfähigkeit gewisser Branchen in Frage stellen und in wie weit die lokalen Regierungen dies tolerieren werden. Investorenverbände aus Hong Kong haben jedenfalls durch öffentlichen Druck erreicht, dass die Diskussion des Gesetzentwurfs zur Reform des Kollektivverhandlungem, der eigentlich Ende September zur Abstimmung hätte stehen sollen, vertagt worden ist (CLB 2010c). Trotz intensiver Bemühungen, das wirtschaftliche Ungleichgewicht Chinas durch eine massive Förderung des Binnenmarktes zu überwinden, um eine stabilere und möglicherweise sozial gerechtere Entwicklung anzusteuern, zeigt sich gerade in der wirtschaftlichen Erholung nach der Krise, dass die chinesische Exportabhängigkeit ungebrochen ist (Naughton 2010, Financial Times 21.10.2010). Ob und in welchem Maße die Binnenmarktorientierung bzw. das Bestreben einer Aufwertung der Industriestrukturen tatsächlich in der Lage ist, in ähnlichem Maße Wachstum und Beschäftigung zu generieren, wie es die arbeitsintensiven Industrien in den letzten Jahren getan haben, ist fraglich. Insofern könnte die staatliche Wirtschaftspolitik trotz aller hehren Ziele der Umstellung des exportgetriebenen Wachstumsmodells darauf zurückgeworfen sein, die arbeitsintensiven Industrien in der Exportbranche zu stützen, deren Abschaffung sie derzeit proklamiert.

Ein weiteres Problem könnte schon bald zu neuen Konflikten führen: Ausgerechnet in der Automobilindustrie wurden in den letzten Jahren, und insbesondere durch die absatzfördernde Wirkung des Konjunkturpakets, beträchtliche Überkapazitäten aufgebaut. Die Regierung sieht sich nun gezwungen, einige dieser Kapazitäten kontrolliert abzubauen (People's Daily 06.09.2010, Automotive News 10.09.2010), was potenziell Einschnitte für eben jene Beschäftigtengruppen bedeutet, die ihre Kampfkraft in der aktuellen Streikbewegung bewiesen hatten.

Jedenfalls könnte eine selbstbewusste, unabhängige Arbeiterbewegung der chinesischen Regierung unter den genannten Umständen schnell Kopfschmerzen bereiten. Daher ist es derzeit schwer zu beurteilen, welches Ergebnis die aktuellen Umbrüche in den Arbeitsbeziehungen für die tatsächliche betriebliche Kampfkraft haben werden. Es ist davon auszugehen, dass in naher Zukunft Kollektivverhandlungen in einer gewissen Form legalisiert und möglicherweise sogar bestimmte demokratische Formen bei der Wahl von betrieblichen Vertretungen eingeführt werden. Selbst eine Analyse, welche die Unmöglichkeit einer demokratischen Reform des staatlichen Gewerkschaftsbundes postuliert, kommt zu dem Ergebnis, dass „einige Formen demokratischer ‚Gewerkschaf-

ten' unter den existierenden gesetzlichen Rahmenbedingungen entstehen könnten" (C.Chan/Hui 2010: 23). Auch die arbeitsrechtliche NGO China Labour Bulletin, die der Staatsgewerkschaft kritisch gegenüber steht, kommt zu dem Ergebnis, dass das Gesetz „eine gründliche Überholung des Systems kollektiver Konsultationen darstellen könnte“ und hebt hervor, dass laut Gesetzentwurf ein formalisierter Mechanismus zur betrieblichen Vertretung der Arbeiterinteressen entstünde, der die Partizipation der Arbeiter in diesem Prozess gesetzlich fixiere (CLB 2010b).

Angesichts der angedeuteten Interessenkonflikte steckt hier allerdings der Teufel im Detail. Sollte das zur Diskussion stehende Gesetz deutliche Formulierungen zugunsten betrieblicher Kollektivverträge enthalten, so bleibt immer noch abzuwarten, in wie weit diese tatsächlich die detaillierte Regelung der Arbeitsverhältnisse, insbesondere der Entlohnung, vorschreiben. Erfahrungsgemäß besteht zwischen der gesetzlichen Formulierung und der Praxis eine erhebliche Kluft, die primär mit der investorenfreundlichen Haltung der Provinz- und Bezirksregierungen zusammenhängt (Lee 1999). Vor allem ist zu fragen, ob die neuen Regulierungen auch Handlungsmöglichkeiten in Richtung einer überbetrieblichen tariflichen Fixierung der Löhne eröffnen. Die Lohnkonkurrenz und die Unterschiede zwischen den Betrieben, vor allem zwischen Stammwerken und Zulieferern z.B. in der Automobilindustrie, ist weiterhin das Kardinalproblem einer wirksamen Verbesserung der Arbeitsbedingungen (Lüthje 2010). Bislang bleiben diese Zusammenhänge jedoch von den aktuellen Reformvorschlägen unberührt.

Zudem sind detaillierte gesetzliche Regelungen der innerbetrieblichen Konfliktaustragung zweischneidig. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass „Arbeitsniederlegungen, Bummelstreiks oder andere ‚extreme Methoden‘ nicht stattfinden dürfen, bevor nicht der Weg kollektiver Verhandlungen beschritten werde oder während Verhandlungen stattfinden“ (zitiert nach CLB 2010b). Zwar erkennt diese Formulierung indirekt an, dass Streiks unter bestimmten Umständen legal sind. Die aktuellen Reformvorstöße können jedoch auch als ein Versuch gelesen werden, die zerstörte Glaubwürdigkeit der staatlichen Gewerkschaft, die in der aktuellen Streikbewegung arg gelitten hat, wieder herzustellen und die Initiative gegenüber den spontanen Aktivitäten der Basis im Interesse einer Stabilisierung der zunehmend unkontrollierbaren Konflikte zurückzugewinnen. Es ist somit offen, ob die Kerninhalte der angestrebten Reform durchgesetzt werden und vor allem welche soziale Praxis aus ihnen hervorgeht. Die fortschreitende Institutionalisierung der betrieblichen Konfliktaustragung könnte auch auf eine Einbindung der Beschäftigten unter autoritären bzw. bürokratischen Vorzeichen hinaus laufen, welche kaum zur effektiven Verbesserung ihrer Lebensbedingungen beiträgt, wohl aber eine effektivere Kontrolle und Eindämmung der Arbeitskonflikte ermöglichen würde.

Literatur

- Chan, Anita (2001): *China's Workers under Assault. The Exploitation of Labor in a Globalizing Economy*, New York.
- (2010): Labor unrest and role of unions, in: *China Daily* (18.06.2010), http://www.chinadaily.com.cn/opinion/2010-06/18/content_9987347.htm
- Chan, Chris King-chi; Hui, Elaine Sio Ieng (2010): *Labour Activism and Trade Union Reform in China: the case of Honda workers' strike*, Working Paper, Department of Applied Social Studies, City University of Hong Kong, Hong Kong.
- Chan, Jenny; Pun, Ngai (2010): Suicide as Protest for the New Generation of Chinese Migrant Workers: Foxconn, Global Capital, and the State, in: *The Asia-Pacific Journal*, 37-2-10, September 13, 2010.
- Chang Kai, et al (2008): *Die Transformation der Arbeitsbeziehungen in China und ihre Besonderheiten*, Working Paper Institut für Sozialforschung, Frankfurt a. M.
- China Labour Bulletin (2009a): *Protecting Workers' Rights or Serving the Party: The way forward for China's trade unions*, http://www.clb.org.hk/en/files/share/File/research_reports/acftu_report.pdf, Zugriff am 27.09.2010.
- (2009b): *Going it Alone: The Workers' Movement in China (2007-2008)*, http://www.clb.org.hk/en/files/share/File/research_reports/workers_movement_07-08_print_final.pdf, Zugriff am: 27.09.2010
- (2010a): *The strike that ignited China's summer of worker protests*, <http://http://www.clb.org.hk/en/node/100875>, Zugriff am 27.06.2010.
- (2010b): *CLB's analysis of Guangdong's Regulations on the Democratic Management of Enterprises*, <http://http://www.clb.org.hk/en/node/100849>, Zugriff am 27.09.2010.
- (2010c): *China Labour Bulletin supports Guangdong's efforts to establish a collective wage negotiation system*, <http://http://www.clb.org.hk/en/node/100884>, Zugriff am 27.09.2010.
- China Labour Net (2010): *Special Report on the Honda Foshan Strike*, o.O.
- Grassi, Sergio (2008): Die neuen Aufgaben der chinesischen Gewerkschaften, in: *China aktuell* 1/2008, 1- 65.
- Hürtgen, Stefanie u.a. (2009): *Von Silicon Valley nach Shenzhen. Globale Produktion und Arbeit in der IT-Industrie*, Hamburg.
- Lee, Ching-Kwan (1999): From Organized Dependence to Disorganized Despotism: Changing Labour Regimes in Chinese Factories, in: *The China Quarterly* 157, 44-71.
- Lee, Ching-Kwan (2007): *Against the Law: Labor Protests in China's Rustbelt and Sunbelt*, Berkeley.
- Lüthje, Boy (2009): *Tripartism with four parties? Regimes of production and industrial relations in Chinese core industries*. Paper submitted for conference „Work and Inequality in the Global Economy: Mexico, China, and the United States“, University of California, Los Angeles, October 8-10, 2009.
- (2010): „Tripartismus mit vier Parteien“? Produktionsregimes und industrielle Beziehungen in China, in: *WSI Mitteilungen* 09/2010, 473-479.
- Naughton, Barry (2010): Reading the NPC: Post-Crisis Economic Dilemmas of the Chinese Leadership, in: *China Leadership Monitor* (32), Spring.
- Nanhai District General Union and Shishan Town General Trade Union (2010): *Open Letter from The Nanhai District General Trade Union and Shishan Town General Trade Union to the Workers of Honda Motors Nanhai Component and Parts Factory from 01.06.2010*, <http://www.clntranslations.org/article/56/honda>, Zugriff am 19.07.2010.
- Pun, Ngai (2005): *Made in China: Subject, power and resistance among women workers in a global workplace*, Durham.
- Schucher, G. (2009): China's Employment Crisis - A Stimulus for Policy Change?, in: *Journal of Current Chinese Affairs* 2/2009, 121-144.
- Shen (2007): *Disputes and Their Resolution in China*, Oxford 2007.
- Silver, Beverly (2003): *Forces of Labor. Workers' Movement and Globalization since 1870*. Cambridge UK/New York.

- ten Brink, Tobias (2010a): *Strukturmerkmale des chinesischen Kapitalismus*. MPIfG Discussion Paper 10/1. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- (2010b): Chinas neuer Kapitalismus: Wachstum ohne Ende?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 39/2010, S. 1-6.
- Thompson, Edward Palmer (1980): *The Making of the English Working Class*, London.
- Worker Empowerment (2010): Executive Summary of the Labour Contract Law Implementation Survey 2009, <http://www.workerempowerment.org/en/newsletter/19>, Zugriff am 20.07.2010.

Artikel aus Tageszeitungen:

- Associated Press* (25.06.2010): China takes hands-off approach to labor strikes, http://www.salon.com/wires/allwires/2010/06/25/D9GIHF080_as_china_labor_unrest/index.html, Zugriff am 25.06.2010.
- Automotive News* (10.09.2010): The government has caused China's excess production capacity, <http://www.autonewschina.com/en/printarticle.asp?id=5788>, Zugriff am 27.09.2010.
- China Daily* (20.03.2010): Minimum wages going up across the country, http://www.chinadaily.com.cn/cndy/2010-03/20/content_9616594.htm, Zugriff am 20.03.2010.
- China Daily* (21.05.2010): Honda to ramp up capacity in China, http://www.chinadaily.com.cn/business/2010-05/21/content_9878428.htm, Zugriff am 27.06.2010.
- China News Weekly* (02.06.2010): Avid Young Reader of Mao Zedong's Poetry from the post-1980s generation leads the Honda strike, <http://www.clntranslations.org/article/56/honda>, Zugriff am 27.09.2010.
- Financial Times* (10.06.2009): China's plan to empty the bird cage, <http://www.ft.com/cms/s/0/4acc3bc-5556-11deb5d4-00144feabd0.html>, accessed 19.07.2010.
- Financial Times* (21.10.2010): The Challenge facing China, http://www.ft.com/cms/s/0/4d2e9c02-dd45-11df-9236-00144feabd0.dwp_uuid=9c33700c-4c86-11da-89df-0000779e2340.html, Zugriff am 23.10.2010.
- Reuters* (9.6.2010): China shares surge, export data ease fears on growth, <http://in.reuters.com/article/idINTOE65806520100609>, Zugriff am 09.06.2010.
- Reuters* (23.07.2010): FACTBOX-China labour strike developments, July 23, <http://www.xe.com/news/2010-07-22%2023:18:00.0/1291885.htm>, Zugriff am 27.09.2010.
- People's Daily* (27.05.2010): Shenzhen government: management problem to blame for Foxconn deaths, <http://english.people.com.cn/90001/90778/90860/7002286.html>, accessed 27.05.2010.
- People's Daily* (09.06.2010): Labor-intensive electronic manufacturers eye inland cities, <http://english.people.com.cn/90001/90778/90860/7018950.html>, Zugriff am 09.06.2010.
- People's Daily* (06.09.2010): China may curb overcapacity of automotive industry, <http://english.people.com.cn/90001/90778/90860/7131187.html>, Zugriff am: 27.06.2010.
- South China Morning Post* (SCMP, 09.06.2010): Rising mainland wages boost costs but might help sales, <http://www.scmp.com/portal/site/SCMP/menuitem.2af62ecb329d3d7733492d9253a0a0a0/vgnnextoid=4c97e5b0cfa19210VgnVCM100000360a0a0aRCRD&ss=Companies&s=Business>, Zugriff am 09.06.2010.
- South China Morning Post* (SCMP, 11.6.2010): Labour disputes hit six factories, http://www.scmp.com/portal/site/SCMP/template.printACopy/page.scmp_printacopy/vgnnextoid=b098e4e32c229210VgnVCM100000360a0a0aRCRD, Zugriff am 11.06.2010.
- South China Morning Post* (SCMP, 24.06.2010): More car parts workers walk off the job, http://www.scmp.com/portal/site/SCMP/template.printACopy/page.scmp_printacopy/vgnnextoid=649d4d093b569210VgnVCM100000360a0a0aRCRD, Zugriff am 24.06.2010.
- Takungpao.com* (14.06.2010) Plans for election of union chair at Nanhai Honda, <http://www.clntranslations.org/article/56/honda>, Zugriff am 19.07.2010.
- Xinhuanet* (15.06.2010): Chinese Premier calls for improving migrant workers' living conditions in cities, http://news.xinhuanet.com/english2010/china/2010-06/15/c_13350414.htm, Zugriff am 15.06.2010.